

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

ArbeiterPionier

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Preis pro Kopie: die neuemal geöffnete Kassenzettelkasse über deren Raum ab 50 Pf. für Familienmitglieder 20 Pf. für die Kassenzettelkasse darüber 100 Pf. für alle anderen 150 Pf. Kostenannahme nur 100 Pf. pro Kopie ist das Ersparnis monatlich 2,50 RM (zulässig im voraus), durch

die Post 1,50 RM (ohne Auslieferungsgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint jeden Samstag auf Verlangen des Zeitung oder auf Zurücknahme des Bezugspapiers. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Berliner Platz 17/20. Vorlesestelle: Dresden 13/14.

Vertriebsagentur für Sachsen: Otto Seibel, Dresden; Dr. Weiß mit Nachnamen, Gerhard Schröder, Dresden; für Meissen: Karl Kreiner, Berlin; für Chemnitz: Dr. Hug und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. A. S. O., Dresden-Z.

7. Jahrgang

Dresden, Montag den 21. Dezember 1931

Nummer 211

Reformistische und christliche Arbeitervaristokraten fürchten RGW-Vormarsch

Brüning verbietet rote Betriebsratswahlen!

Protestiert in Betrieben und Gewerkschaften!

Amtlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 2. Dezember den Ausfall der Betriebsrätewahlen für 1932 anordnet. Die Amtsauer aller Mitglieder von Betriebsräten und aller Betriebsobmänner, die durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würden, wird um ein Jahr verlängert.

Diese Verordnung stützt sich auf die durch die vierte Rotversammlung Brünings-Groeners erstellte Erniedrigung die Amtsauer der Betriebsräte auszudehnen. Die Verlängerung der Betriebsrätewahlen 1932 ist ein weiterer und bedeutendes Mittel aus dem Wege der faschistischen Diktatur in Deutschland. Es ist doch die Führerin des wertvollen Volkes, die Arbeiterschaft in einem ihrer letzten Rechte. Kein Zweifel kann darüber bestehen, wessen Interessen ein Verbot der Betriebsrätewahl, das bedeutet die „Ausdehnung der Amtsauer der Betriebsräte, dienen soll. Schon im September dieses Jahres wurde auf dem ADGB-Kongress in Frankfurt am Main, der Konferenz des reformistischen Arbeitervaristokraten von dem Vorsteher des Bergarbeiterverbandes Hofmann die Verlängerung der Amtsauer der Betriebsräte verlangt. Dieselbe Genugtuung werden die christlichen und hirschrüterschen Gewerkschaftsbüros empfinden. Den Unternehmern soll die „bewährte Zusammenarbeit“ mit den Söhnen der kapitalistischen Diktatur erhalten bleiben. Sie alle, Arbeitervaristokraten und Unternehmer eben passen einen Hauptwunsch noch vor Weihnachten erfüllt bekommen, denn vor diesen Betriebsrätewahlen des Jahres 1932 gittern sie ...

Da in den Gewerkschaftsorganisationen die reaktionären Faktoren den Willen der Mitgliedschaft unterdrücken, während die Betriebsrätewahlen in diesem Frühjahr zu einer generalen Abrechnung mit den Agenten der kapitalistischen Diktatur Lager der Arbeiterschaft geworfen. Abrechnung mit der Arbeiterschaftsgemeinschaft, Abrechnung mit der Tolerierungspolitik, mit den Propagandisten und Organisatoren des Lohnabbaus und der faschistischen Knebelung — das wären die Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1932 geworden. Haben die Teuber und Seidel u. Naumann, haben die als Polizeihandlanger der christlich-reformistischen Betriebsräte bei der Dresdner Wagenbahn, haben die Nationalsozialisten in den Dresdner Zigarettenfabriken nicht allen Grund gehabt sich vor dieser Abrechnung zu fürchten?

Herr morgen entlich Radio-Mende 600 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen „Betriebsseinschränkung“. Die Auszahlung des Gehaltes und die Auszahlung der Papiere wurde erst am 29. Dezember angekündigt. Der SPD-Betriebsrat antwortet den empörten Arbeitern und Arbeitern: „Wenn die große Kasse schwängt, dann werdet ihr in den nächsten Jahren nicht wieder eingestellt!“ „Es ist ein solcher Betriebsrat der vergibt, daß er selbst Arbeiter nicht Grunh, sich vor der Abrechnung zu fürchten?

Welche Furcht vor dem Vormarsch der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation, der Führerin im Wirtschaftskampf, der Arbeiterschaft hat die Gewerkschaftsdirektoren veranlaßt, die Betriebsräte der Betriebsräte zu verlängern. Die Betriebsrätewahlen, die in den letzten Tagen stattfanden, der ungeheure Erfolg der roten Piste in der Baumwolle Leipzig, der glänzende Sieg bei Kantorowicz, das waren schon Vorbilder für die roten

Betriebsrätewahlen 1932. Um diese Abrechnung zu verhindern, um die Stellungnahme der organisierten und unorganisierten Arbeiter zur Praxis der Betriebsräte im Tageskampf des Proletariats zu unterbinden, haben die Gewerkschaftsdirektoren selbst dieses wichtige Recht der Arbeiterschaft kläglich gehoben. Jetzt können die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erkennen, wie stratoskopisch, die an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft interessierten Bonzencliques der Reformisten und „Christen“ die Arbeiterschaft und

interessen verraten, aber der Vormarsch der RGW, der Vormarsch der Vertreter des revolutionären Klassenkampfes in den Betrieben wird dadurch nicht aufgehalten werden. Gerade jetzt werden hunderttausende Arbeiter begreifen, daß die Herstellung einer proletarischen Einheitsfront von unten, die Herstellung eines brüderlichen Bündnisses mit der KPD und der Anschluß an die KPD die ersten Voraussetzungen sind um den Weg aus Hunger und Unterdrückung, aus Not und Realität beschreiten zu können.

In allen Gewerkschaftsorganisationen und in allen Betrieben werden die Proletarier Rechenschaft fordern von den Betriebsräten, abzurechnen mit den Gewerkschaftsdirektoren, anstreben aus dem Anschlag gegen ihre elementarsten Rechte. Kein Betrieb ohne Belegschaftsversammlung, keine Gewerkschaft ohne Mitgliederversammlung und keine dieser Mitgliederversammlungen ohne kräftigen Protest gegen die Anekdote der Arbeiterschaft.

Für 1 Milliarde Sowjetaufträge

Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion gibt deutschen Arbeitern Brot und Arbeit

In den ersten elf Monaten des Jahres 1931 beträgt die Höhe der Bestellungen die die Sowjetunion in Deutschland vergeben hat, über 350 Millionen Mark, also rund eine Milliarde. Die Aufträge erstrecken sich hauptsächlich auf Maschinen, die zur beschleunigten Durchführung des sozialistischen Aufbaues verwendet werden. Die Sowjetbestellungen haben vielen hunderttausenden Arbeitern und Angestellten in Deutschland Brot und Arbeit verschafft.

In der Ausfuhr Deutschlands nahm im dritten Jahresteil die Sowjetunion die zweite Stelle ein!

Der Export der Sowjetunion nach Deutschland ist hingegen gesunken. Er betrug 275 Millionen Mark gegenüber 435 Millionen im Jahre 1930. Der Rückgang ist insbesondere mit den hohen Einfuhrzöllen Deutschlands, durch die Mauern gegenüber einer Einfuhr aus der Sowjetunion erichtet werden, zu erklären.

Margarinesteuer in Preußen?

Preußen-Regierung schlägt Landtag nach Hause und erlässt Notverordnung

Raapp 24 Stunden nach Vertrag des Preußischen Landtages teilt die sozialdemokratische preußische Regierung mit, daß Anfang der nächsten Woche die neue Notverordnung verabschiedet werde. Die SPD-Führer tolerieren nicht nur Brünings Notverordnungspolitik, sie übersteigen ihr sogar noch. Die Bekanntgabe der neuen Notverordnung wenige Stunden nach Landtagschluss ist eine beabsichtigte Ausschaltung des Parlaments. Die SPD-Führer entlarven sich damit als die körtschten Notverordnungspolitiker.

Damit wird auch der Schwindel der SPD-Führer zerstört, daß die SPD die Notverordnungspolitik nur „gewonnen“ mitmache. Wer „zwingt“ die Preußen-Regierung zu dieser Ausschaltung des Parlaments? Wer „zwingt“ Braun und Seeling zum Erlass von Notverordnungen? Es ist ganz klar, daß

die SPD offen Notverordnungspolitik treibt, gegen die sich die SPD-Arbeiter leidenschaftlich wehren.

In der neuen Preußen-Notverordnung ist vor allem eine Zusammenlegung zahlreicher Lemter — Höfe, Gemeinden, Gemarkungen — vorgesehen, wodurch hunderte Beamte entlassen werden.

Für die Arbeiterschaft von Bedeutung ist die Aufhebung von neun Gewerbeaufsichtsämtern. Der Kohensatz für Hochschüler wird von bisher 20 Mark auf 12 Mark herabgesetzt.

Alle diese Maßnahmen erbringen eine „Etparnis“ von etwa 100 Millionen Mark. Durch die Herauslösung der Gehälter und Löhne auf Grund der letzten Brüningschen Notverordnung werden weitere 80 Millionen Mark „erspart“, die Einnahmen erhöhen sich durch die Erhöhung der Umlaststeuer um etwa 90 Millionen Mark. Da aber das ganze Defizit Preußens 300 Millionen Mark beträgt, wird der Ausfall auch durch die neue Notverordnung nicht voll gedeckt. Darum ist, wie budgetär Berichten berichten, eine Margarinesteuer geplant. Eventuell soll auch eine Schokoladensteuer kommen.

Es gibt kaum noch Arbeiter, die sich Butter kaufen können. Die Besteuerung der Margarine würde den Arbeiterhaushalt gewaltig belasten.

Morgen „Ergänzungsnoverordnung“ und Gesetz gegen Staatsverleumder / Für 2 Millionen Mark 4-Pfennig-Stücke

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, will die Reichsregierung morgen eine neue Notverordnung erlassen, die Ergänzungsbestimmungen zur letzten erlassenen vierten Notverordnung darstellt. Außer diesen „Ergänzungen“, die unzweckmäßig eine weitere Verschärfung mit sich bringen wird sie auch das von Groener angekündigte Gesetz gegen „Staatsverleumder“ enthalten.

Der Reichsrat beschloß am Sonnabend die Ausprägung von 4-Pfennig-Stücken im Werte von 2 Millionen Mark. Es besteht der Plan außerdem die Fünf-Pfennig-Stücke einzuführen und dann Ausprägung von Vier-Pfennig-Stücken von 28 Millionen Mark vornehmen zu lassen.

KPD Sachsen an das kämpfende chinesische Proletariat!

Genossen! In diesem Augenblick senden wir, die Führung der Kommunistischen Partei Sachsens, eines der wichtigsten industriellen Bezirke Deutschlands, im Namen von Hunderttausenden revolutionärer Arbeiter, den heldenhaften Kämpfern der chinesischen Revolution und ihrer Führerin, der Kommunistischen Partei Chinas unseren kommenden revolutionären Gruss.

Wir sind überzeugt, daß unter der in jahrelangen opferreichen Kämpfen gegen die imperialistischen Räuber und gegen die von den Imperialisten gekauften Verräterregierung der Kuomintang gestaltete Führung der Kommunistischen Partei Chinas der neue entscheidende Abschnitt der großen chinesischen Revolution bis zum endgültigen Sieg über die imperialistischen Räuber, die chinesische Bourgeoisie und alle ihre Lakaien geführt werden wird ...

Es leben die Helden des Nankinger Aufstandes!

Es leben die Sowjets in China!

Es lebe das chinesische Proletariat und seine heldenhafte Kommunistische Partei!

Leipzig, den 19. Dezember 1931.

Die Plenarsitzung der BL Sachsen der KPD
(Sektion der 3. Internationale).